



Frau Bundeskanzlerin

# Ergebnisse aus der Meinungsforschung

Wochenbericht KW 28  
14.07.2017

<i>forsa</i>	<i>Emnid</i>	<i>infratest dimap</i>
--------------	--------------	------------------------

Wähleranteile:	Union bei 39 % bzw. 38 %, SPD bei 25 % bzw. 22 %
Politische Aufgaben:	Bildungspolitik am wichtigsten Gute Beurteilung der Bundesregierung in den meisten politischen Aufgaben
Wirtschaft:	Optimistische Erwartungen steigen weiter
Weltpolitische Lage:	Sorge um den Weltfrieden Lage in den USA, Asien/Nordkorea und Syrien sowie die Flüchtlingssituation werden als große Bedrohung wahrgenommen
Wichtigstes Thema:	G20-Gipfel nennen <b>74 %</b>

## Wähleranteile

Angaben in Prozent

	<b>forsa</b> für RTL/stern	<b>Emnid<sup>1</sup></b> für BamS
CDU/CSU	39 (-)	38 (-)
SPD	22 (-1)	25 (-)
FDP	8 (-)	7 (-1)
DIE LINKE	9 (-)	9 (-)
B'90/Grüne	8 (-)	8 (-)
AfD	8 (+1)	8 (+1)
Sonstige	6 (-)	5 (-)
Erhebungszeitraum	03.-07.07.	06.-12.07.

Die Union liegt bei forsa 17 (+1) und bei Emnid 13 (-) Prozentpunkte vor der SPD.

Bei SPD liegt bei forsa bei 22 %. Dies ist der niedrigste von diesem Institut gemessene Wert seit Januar 2017.

## Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	<b>forsa</b> für RTL/stern
Merkel	51 (-)
Schulz	22 (-)
keinen von beiden	27 (-)
Erhebungszeitraum	03.-07.07.

Angela Merkel liegt bei der Kanzlerpräferenz 29 (-) Prozentpunkte vor Martin Schulz.

91 % (-2) der CDU/CSU-Anhänger präferieren Merkel und 3 % (+1) Schulz.

Von den SPD-Anhängern würden sich 67 % (+2) für Schulz und 21 % (+1) für Merkel entscheiden.

<sup>1</sup> Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (16.07.2017)

## Problemlösungskompetenz

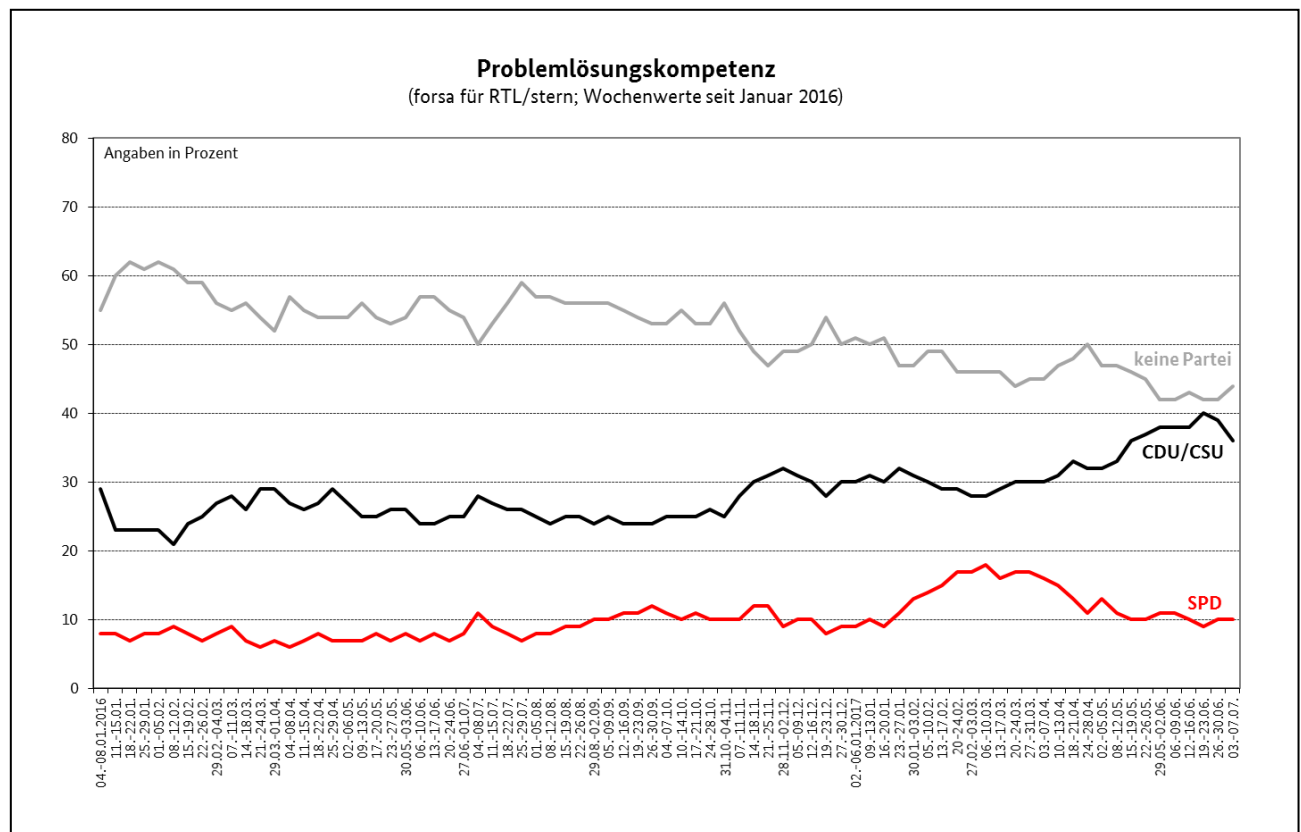
Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
CDU/CSU	36	(-3)
SPD	10	(-)
sonstige Parteien	10	(+1)
keine Partei	44	(+2)
Erhebungszeitraum	03.-07.07.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 26 (-3) Prozentpunkte vor der SPD.

44 % (+2) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

78 % (-2) der Unionsanhänger meinen, dass die eigene Partei mit den Problemen in Deutschland am besten fertig wird, bei den SPD-Anhängern sagen dies 42 % (+2) von ihrer Partei.



## Wichtigkeit politischer Aufgaben im Juli 2017

Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Juni 2017

Emnid für BPA

politische Aufgaben	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	71 (-)	27 (-)	1 (-1)	0 (-)
Altersversorgung langfristig sichern	68 (+3)	30 (-1)	1 (-2)	0 (-1)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	64 (+2)	33 (-1)	3 (-1)	0 (-)
innere Sicherheit gewährleisten	59 (-2)	37 (+4)	3 (-1)	1 (-)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	58 (+6)	38 (-4)	3 (-1)	1 (-)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	58 (+6)	36 (-4)	4 (-2)	1 (-)
Steuerlast gerecht verteilen	55 (+5)	39 (-5)	4 (-1)	1 (-)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	50 (+5)	38 (-2)	9 (-3)	2 (-1)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	48 (+3)	44 (+1)	6 (-3)	2 (-1)
Gesundheitswesen modernisieren	42 (-7)	47 (+11)	9 (-3)	1 (-1)
Zuwanderung von Ausländern regeln	40 (-2)	46 (+3)	9 (-2)	4 (+1)
für bezahlbare Strompreise sorgen	37 (+5)	49 (-4)	13 (-)	1 (-1)
Energiewende zügig vorantreiben	35 (+3)	46 (-)	16 (-2)	2 (-1)
deutsche Interessen in der EU vertreten	32 (-)	51 (-3)	11 (+1)	3 (-)
neue Technologien fördern	31 (-2)	50 (+2)	15 (-1)	3 (-)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	31 (-4)	47 (+2)	12 (-1)	7 (+3)
Verbraucherschutz stärken	27 (-)	58 (+5)	13 (-4)	1 (-1)
für Preisstabilität sorgen	27 (-2)	56 (+3)	14 (-1)	1 (-2)
Staatsschulden begrenzen	27 (-)	50 (+1)	19 (+2)	2 (-4)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	24 (-1)	53 (-)	16 (-2)	4 (+1)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	22 (-2)	57 (-1)	16 (+1)	2 (-)
Erhebungszeitraum	05.-11.07.2017			

Die Bildungspolitik ist für die Bundesbürger nach wie vor die wichtigste politische Aufgabe und wird überdurchschnittlich häufig von 40- bis 49-Jährigen (79 %) sowie von Anhängern der Grünen (80 %) und der Union (76 %) als sehr wichtig angesehen. Personen mit hoher formaler Bildung nennen diese Aufgabe häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (77 % zu 67 %).

Die langfristige Sicherung der Altersversorgung wird von 40- bis 59-Jährigen (75 %) sowie von Anhängern der AfD (83 %) und der SPD (74 %) überdurchschnittlich häufig als prioritär angesehen. Frauen nennen diese Aufgabe häufiger als Männer (73 % zu 63 %). Unter 30-Jährige (58 %) und Personen mit hoher formaler Bildung (62 %) sowie Anhänger der Linkspartei (55 %) betrachten die Altersversorgung unterdurchschnittlich oft als sehr wichtig.

## Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in politischen Aufgabenbereichen Juli 2017

Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Juni 2017

Erhebung für BPA

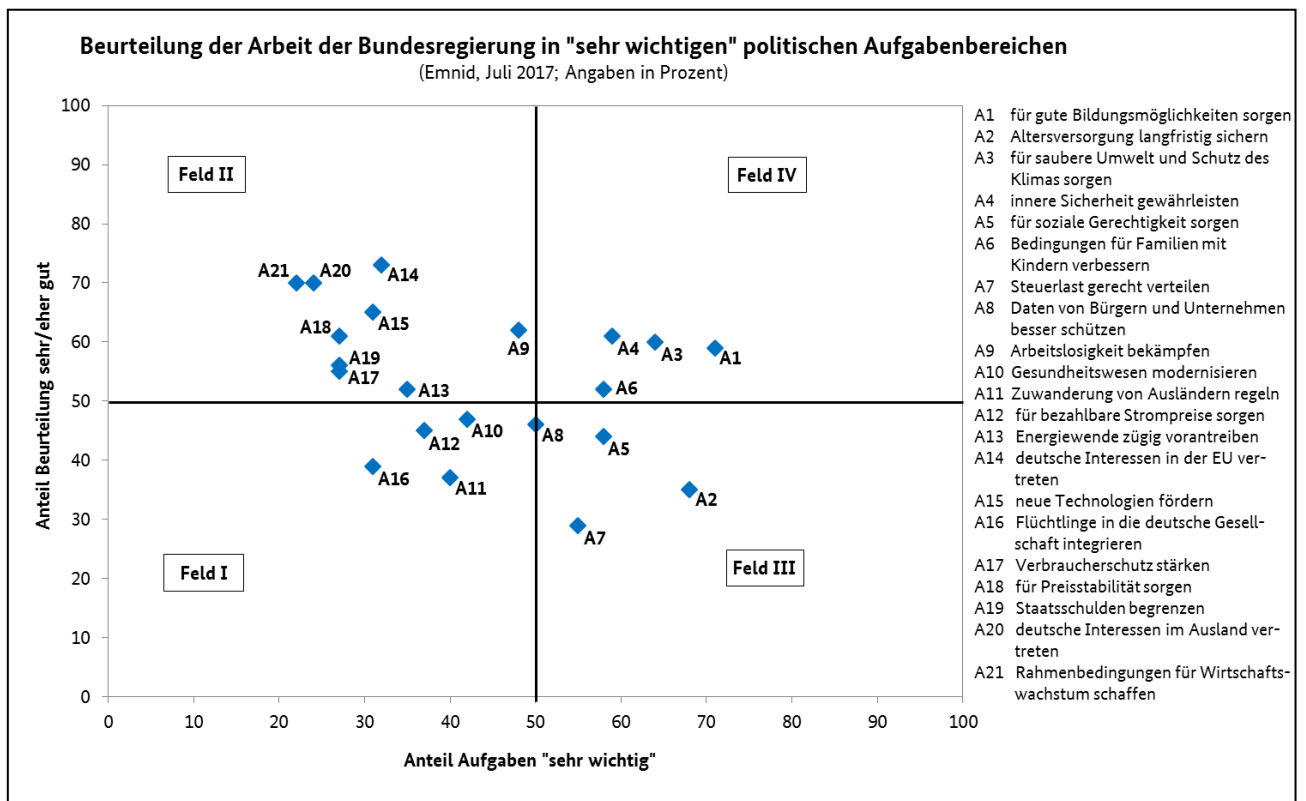
politische Aufgaben	sehr/eher gut	eher/sehr schlecht
deutsche Interessen in der EU vertreten	73 (+2)	18 (-3)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	70 (-)	16 (-4)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	70 (+1)	21 (-2)
neue Technologien fördern	65 (-3)	23 (-1)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	62 (-3)	32 (+1)
für Preisstabilität sorgen	61 (-)	30 (-2)
innere Sicherheit gewährleisten	61 (-)	34 (-1)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	60 (-7)	35 (+5)
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	59 (+2)	35 (-4)
Staatsschulden begrenzen	56 (+1)	33 (-4)
Verbraucherschutz stärken	55 (+4)	34 (-6)
Energiewende zügig vorantreiben	52 (-4)	40 (-)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	52 (+3)	41 (-3)
Gesundheitswesen modernisieren	47 (-)	43 (-4)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	46 (-3)	46 (+3)
für bezahlbare Strompreise sorgen	45 (-4)	45 (+5)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	44 (-1)	50 (-1)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	39 (-)	55 (-)
Zuwanderung von Ausländern regeln	37 (+1)	57 (-2)
Altersversorgung langfristig sichern	35 (+2)	58 (-4)
Steuerlast gerecht verteilen	29 (-2)	62 (-3)
Erhebungszeitraum	05.-11.07.2017	

In 13 von 21 Politikfeldern bewertet mindestens die Hälfte der Bundesbürger die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut. Die höchste Zustimmung erhält die Bundesregierung für die Vertretung deutscher Interessen in der EU (73 %), für die Wirtschaftspolitik und die Vertretung deutscher Interessen im Ausland (jew. 70 %).

Im Politikfeld "für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen" bewertet im Vergleich zum Vormonat ein um 7 Prozentpunkte geringerer Anteil der Bevölkerung die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut.

## Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in "sehr wichtigen" politischen Aufgabenbereichen

Setzt man die sehr bzw. eher gute Beurteilung der Regierungsarbeit in einzelnen politischen Aufgabenbereichen ins Verhältnis zur Einschätzung dieser Aufgaben als „sehr wichtig“, so erhält man eine **Vier-Felder-Tafel**, aus der sich Stärken und Schwächen der Regierungsarbeit aus Sicht der Bundesbürger entnehmen lassen.



Im **Feld I** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, mit denen die Bundesbürger zwar bezogen auf die Regierungsarbeit nicht zufrieden sind, die jedoch auch nur von weniger als der Hälfte der Deutschen als „sehr wichtig“ betrachtet werden.

Im **Feld II** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, in denen die Bundesbürger der Regierungspolitik zwar mehrheitlich eine gute Beurteilung aussprechen, die aber nur von weniger als der Hälfte der Deutschen als „sehr wichtig“ eingestuft werden. In diesem Feld liegen die meisten politischen Aufgabenbereiche.

Im **Feld III** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, die von den Bundesbürgern mehrheitlich als „sehr wichtig“ betrachtet werden, in denen aber nur weniger als die Hälfte der Deutschen die Regierungsarbeit positiv beurteilt. Handlungsbedarf sehen die Bundesbürger somit vor allem bei der gerechten Verteilung der Steuerlast (A7), bei der langfristigen Sicherung der Altersversorgung (A2) und im Aufgabenbereich "für soziale Gerechtigkeit sorgen" (A5).

Im **Feld IV** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, bei denen eine hohe Übereinstimmung zwischen der Einschätzung der Wichtigkeit und der Beurteilung der Regierungspolitik festzustellen ist. Folglich sind für die Mehrheit der Bundesbürger die Gewährleistung der inneren Sicherheit (A4), der Umwelt- und Klimaschutz (A3), die Bildungspolitik (A1) und die Familienpolitik (A6) sehr wichtige politische Aufgabenbereiche, in denen die Bundesregierung bereits sehr bzw. eher gute Arbeit leistet.

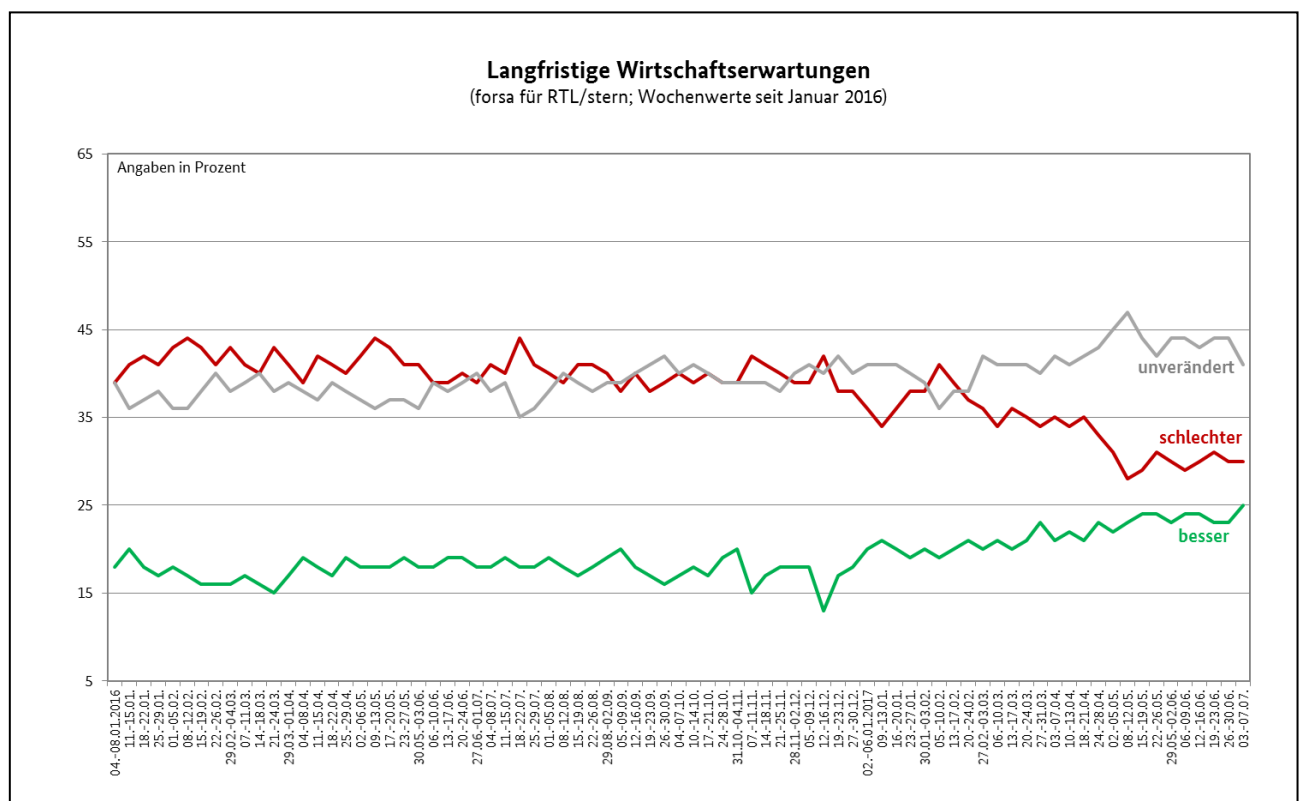
## Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern
besser	25 (+2)
schlechter	30 (-)
unverändert	41 (-3)
Erhebungszeitraum	03.-07.07.

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche leicht verbessert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 5 (-2) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



### Machen Sie sich Sorgen um den Weltfrieden?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 25

	forsa für BPA	
sehr große	12	(-2)
große	49	(+2)
wenig	29	(-1)
keine	8	(-1)
Erhebungszeitraum	03.-07.07.	

Ostdeutsche (70 %), 45- bis 59-Jährige (67 %) sowie Anhänger der Grünen (72 %) und der SPD (67 %) machen sich überdurchschnittlich oft (sehr) große Sorgen um den Weltfrieden. Frauen machen sich häufiger (sehr) große Sorgen als Männer (71 % zu 53 %).

Unter 45-Jährige (42 %) sowie Anhänger der FDP (54 %) und der AfD (52 %) machen sich überdurchschnittlich häufig weniger bzw. gar keine Sorgen.

### Weltweite Krisen(regionen) als Gefahrenquelle für Deutschland

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 25

	forsa für BPA	
USA	16	(-)
Asien, Nordkorea	13	(+7)
Syrien	13	(+5)
Asylbewerber, Flüchtlinge	11	(+3)
Krieg/Terrorismus allgemein	9	(-5)
Naher Osten, arabische Länder	9	(-3)
Islamischer Staat (IS)	8	(-1)
Türkei	8	(+1)
Russland	6	(-)
Erhebungszeitraum	03.-07.07.	

Nach Meinung der Bundesbürger droht von der Situation in den USA die größte Gefahr für Deutschland.

Ostdeutsche (26 %), unter 30-Jährige (21 %) sowie Anhänger der Linkspartei (21 %) nennen die Situation in den USA überdurchschnittlich häufig als größte Gefahrenquelle für Deutschland.



## Rolle Deutschlands in der Weltpolitik

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 25

	forsa für BPA	
sollte mehr Verantwortung übernehmen	36	(-)
sollte weniger Verantwortung übernehmen	8	(-)
Deutschland tut bereits genug	53	(-)
Erhebungszeitraum	03.-07.07.	

Personen mit hoher formaler Bildung (43 %) und Männer (41 %) sowie Anhänger der Linkspartei (58 %), der Grünen (53 %) und der SPD (41 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Weltpolitik übernehmen sollte.

Hingegen sind Anhänger der AfD (23 %) überdurchschnittlich oft der Ansicht, dass Deutschland weniger Verantwortung übernehmen sollte.

Personen mit einfacher formaler Bildung (62 %), über 60-Jährige (61 %) und Frauen (60 %) sowie Anhänger der Union und der FDP (jew. 65 %) meinen überdurchschnittlich häufig, dass Deutschland bereits genug tut.

## Rolle Deutschlands in der EU

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 25

	forsa für BPA	
nimmt zu viel Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	32	(-4)
nimmt zu wenig Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	17	(+3)
verhält sich alles in allem genau richtig	45	(-)
Erhebungszeitraum	03.-07.07.	

Ostdeutsche (40 %), Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung (39 %) und unter 30-Jährige (38 %) sowie Anhänger der AfD (57 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu viel Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Anhänger der Linkspartei (39 %) und der Grünen (33 %) sind hingegen überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Anhänger der Union (58 %) und der SPD (50 %) finden das Verhalten Deutschlands überdurchschnittlich häufig genau richtig.

## Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
G20-Gipfel	74 (+57)
US-Präsidentschaft Donald Trump	7 (-1)
Flüchtlingsströme/Europäische Einwanderungspolitik	5 (-5)
Erhebungszeitraum	11.-12.07.

Die Bundesbürger beschäftigen sich auch in dieser Woche am meisten mit dem G20-Gipfel. Überdurchschnittlich häufig sehen Anhänger der FDP (85 %) und der SPD (80 %) dieses Thema als das wichtigste der Woche an. Gutverdiener nennen es häufiger als Geringverdiener (79 % zu 63 %) und Männer häufiger als Frauen (79 % zu 68 %). Anhänger der AfD (64 %) nennen es unterdurchschnittlich oft.

